

»» Erschließung neuer Absatzmärkte wichtigster Grund für mittelständische Auslandsinvestitionen

Nr. 446, 21. Dezember 2023

Autorin: Dr. Jennifer Abel-Koch, Telefon 069 7431-9592, jennifer.abel-koch@kfw.de

Die Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland hat mit der Energiekrise an Intensität gewonnen und nährt die Sorge um eine fortschreitende Deindustrialisierung. Eine Analyse der Auslandsinvestitionen im deutschen Mittelstand auf Grundlage des repräsentativen KfW-Mittelstandspanels 2023 zeigt eine unverändert geringe Tendenz zur Verlagerung von Unternehmensaktivitäten ins Ausland: So haben im Zeitraum 2019–2022 gerade einmal 1,7 % aller kleinen und mittleren Unternehmen im Ausland investiert. Mit rund 65.000 Unternehmen waren dies nur etwa halb so viele wie vor der Corona-Krise. Vor allem aber planen auch in den kommenden Jahren nur 3,8 % aller mittelständischen Unternehmen Investitionen im Ausland – und das vor allem, um weitere Absatzmärkte zu erschließen. In diesem Zusammenhang dürfte es auch um das Ergreifen von Wachstumschancen durch die grüne Transformation gehen, die zu einem weltweit steigenden Bedarf an Klimaschutztechnologien und treibhausgasneutralen Produkten führt. So planen Unternehmen, die ihr Angebot an grünen Produkten in der Zukunft weiter ausweiten wollen, dreimal häufiger Auslandsinvestitionen als andere Unternehmen. Geringere Steuern, weniger Regulierung, niedrigere Arbeitskosten oder ein besseres Fachkräfteangebot sind dagegen für deutlich weniger Unternehmen ein entscheidender Beweggrund für Auslandsinvestitionen. Auch die Strom- und Gaskosten spielen eine vergleichsweise geringe Rolle für die Entscheidung, grenzüberschreitend zu investieren. Wichtigstes Investitionsziel bleibt Europa, wobei eine deutliche Verschiebung von West- und Nordeuropa hin zu Osteuropa stattgefunden hat. Außerhalb Europas haben die USA an Attraktivität gewonnen, während China nur noch für einen sehr kleinen Teil von Unternehmen ein lohnenswertes Investitionsziel ist. Auch wenn ein starker Anstieg mittelständischer Auslandsinvestitionen und eine zunehmende Standortverlagerung kleiner und mittlerer Unternehmen kaum zu erwarten ist, ist die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zunehmend unter Druck und muss dringend angegangen werden.

Energiekrise befeuert Sorge um eine Deindustrialisierung Deutschlands

Spätestens mit dem Anstieg der Energiepreise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine ist eine neue Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland entbrannt. Dabei sehen mittelständische Unternehmen die Energiekosten längst nicht als das größte Risiko für ihre zukünftige internationale Wettbewerbsfähigkeit, wie der KfW-

Internationalisierungsbericht 2023 gezeigt hat. Insbesondere die Bürokratie, aber auch Steuern und Abgaben sowie Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen bereiten ihnen Sorgen. Der Fachkräftemangel wird vor allem im Verarbeitenden Gewerbe als ein wachsendes Problem wahrgenommen.¹ Darüber hinaus setzen Länder wie die USA durch staatliche Subventionsprogramme wie dem Inflation Reduction Act Anreize für Investitionen aus dem Ausland. Dies nährt die Sorge um eine Abwanderung deutscher Unternehmen und einer zunehmenden Deindustrialisierung des Landes, die mit Wohlstands- und Wachstumsverlusten verknüpft wird.²

Im deutschen Mittelstand lässt eine Analyse der Auslandsinvestitionen aus dem repräsentativen KfW-Mittelstandspanel 2023 allerdings keine zunehmende Verlagerung von Standorten erwarten. So haben im Zeitraum 2019–2022 weitaus weniger kleine und mittlere Unternehmen im Ausland investiert als noch vor der Corona-Pandemie. Vor allem aber planen auch in den kommenden Jahren nur 3,8 % aller mittelständischen Unternehmen im Ausland zu investieren – und das vor allem, um weitere Absatzmärkte zu erschließen. Auslandsinvestitionen, so haben vergangene Studien gezeigt, gehen in der Regel mit Investitionen im Inland einher, statt diese zu ersetzen. Für Auslandsinvestitionen zur Erschließung neuer Märkte und zum Ausbau des Vertriebsnetzes gilt dies in besonderer Weise.³

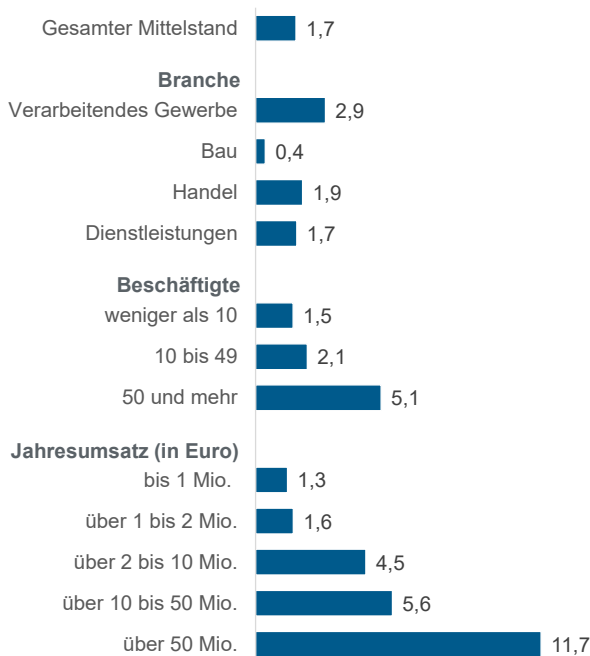
Auslandsinvestitionsneigung des Mittelstands in der Pandemie zurückgegangen

Im Zeitraum von 2019–2022 haben nur rund 1,7 % aller mittelständischen Unternehmen Investitionen im Ausland getätigt, dies entspricht rund 65.000 der 3,81 Mio. mittelständischen Unternehmen in Deutschland (Grafik 1). Damit ist der ohnehin geringe Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen mit grenzüberschreitenden Investitionen in der Corona-Krise nochmals gesunken. Im Zeitraum 2012–2015 lag dieser noch bei rund 3,5 %, die Zahl der Unternehmen mit Auslandsinvestitionen war mit nahezu 130.000 doppelt so hoch.⁴ Auslandsinvestitionen umfassen unter anderem die Errichtung, den Ausbau oder die Modernisierung eines eigenen Produktions- oder Vertriebsstandorts im Ausland sowie die Beteiligung an ausländischen Unternehmen mit mindestens 10 %. Der Erwerb rein finanzieller Vermögenswerte wie Anleihen oder Aktien fällt nicht darunter. Damit sind Auslandsinvestitionen als Ausdruck langfristiger, strategisch orientierter Unternehmensentscheidungen zu interpretieren und weniger als Ergebnis kurzfristig ausgerichteter Anlageentscheidungen.

Das mittelständische Auslandsinvestitionsvolumen lässt sich für den Zeitraum von 2019–2022 auf insgesamt 10–15 Mrd. EUR schätzen und liegt damit in einer ähnlichen Größenordnung wie schon 2012–2015 – trotz einer geringeren Zahl an Investoren. Die durchschnittlichen Investitionsbudgets sind damit im Vergleich zu vor der Corona-Krise deutlich angestiegen.⁵ Im Vergleich zu den gesamten ausländischen Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft – die sich allein im Jahr 2022 auf rund 196 Mrd. EUR beliefen⁶ – ist das mittelständische Auslandsinvestitionsvolumen weiterhin gering. Auch gemessen am gesamten Investitionsvolumen des Mittelstands – rund 754 Mrd. EUR im Zeitraum 2019–2022 – sind die Auslandsinvestitionen kleiner und mittlerer Unternehmen nach wie vor von untergeordneter Bedeutung.

Grafik 1: Anteil der Mittelständler mit Auslandsinvestitionen in im Zeitraum 2019–2022

Nach Branchen und Größenklassen, in Prozent



Anmerkung: Unter Auslandsinvestitionen fallen beispielsweise die Errichtung, der Ausbau oder die Modernisierung des eigenen Produktions- und Vertriebsstandorts im Ausland. Auch die Beteiligung an einem anderen Unternehmen im Ausland mit mindestens 10 % fällt darunter. Beschäftigte in Vollzeit-Äquivalenten. Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnet.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2023

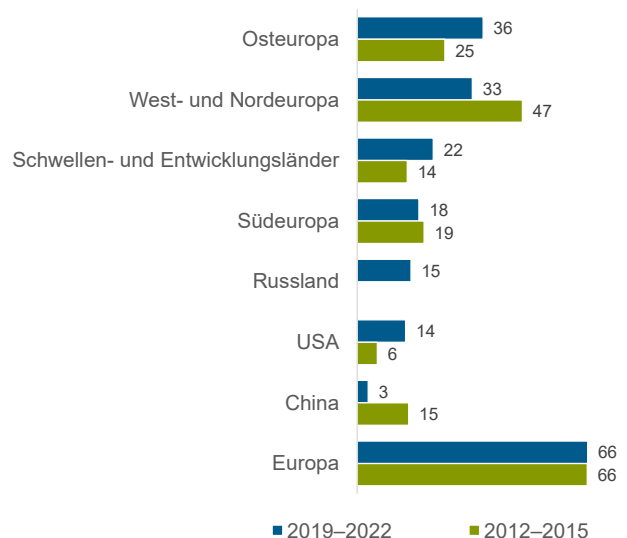
Häufiger kommen Auslandsinvestitionen nur unter größeren Mittelständlern mit einem Jahresumsatz von über 50 Mio. EUR vor. Von ihnen hat im Zeitraum von 2019–2022 mehr als jeder Zehnte grenzüberschreitende Investitionen getätigt. Dies liegt vor allem an den enormen personellen und finanziellen Ressourcen, die solche Investitionen erfordern. Bei nur geringen Produktions- und Absatzmengen lohnt sich die Aufteilung auf mehrere Standorte in der Regel nicht. Wesentliche Treiber des grenzüberschreitenden Investitionsgeschehens bleiben somit die Großunternehmen. Auch hier dürften es, wie im Mittelstand, insbesondere Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sein, die im Ausland investieren.

Europa bleibt wichtigste Zielregion mittelständischer Auslandsinvestitionen

Etwa zwei Drittel aller kleinen und mittleren Unternehmen mit Auslandsinvestitionen im Zeitraum 2019–2022 haben in Europa investiert (Grafik 2). Damit bleibt Europa die wichtigste Zielregion für grenzüberschreitende Investitionen deutscher Mittelständler. Innerhalb Europas ist es gegenüber 2012–2015 jedoch zu Verschiebungen gekommen.⁷ Osteuropa hat als Investitionsziel für den Mittelstand weiter an Bedeutung gewonnen: Rund jeder dritte Mittelständler, der im Ausland investiert, tut dies in Osteuropa, das sind 11 Prozentpunkte mehr als im Vierjahreszeitraum 2012–2015. Insbesondere Polen hat sich mit einer wachsenden Verkehrsinfrastruktur, vielen gut ausgebildeten Fachkräften und einem dichten Lieferantennetzwerk zu einem attraktiven Produktionsstandort in unmittelbarer Nähe zu Deutschland entwickelt. Bei der Verfügbarkeit erneuerbarer Energien – die für eine wachsende Zahl von Unternehmen, die ihren CO₂-Fußabdruck messen, eine Rolle spielt – besteht in Polen allerdings noch Nachholbedarf. Daraus können sich jedoch auch gute Investitionsmöglichkeiten für ausländische Unternehmen ergeben, die dort beispielsweise Wärmepumpen, Windturbinen oder E-Transporter produzieren.⁸ West- und Nordeuropa hat dagegen als Investitionsziel an Attraktivität verloren. Nur noch jeder dritte grenzüberschreitend investierende Mittelständler ist hier aktiv gewesen – in der Vergangenheit war es noch rund jeder zweite. Dies dürfte nicht zuletzt auf den Brexit zurückzuführen sein, der Anfang 2020 vollzogen wurde. Planungs- und Rechtsunsicherheiten haben zu einem Rückzug vieler europäischer Unternehmen aus Großbritannien und einem Einbruch ausländischer Direktinvestitionen in dem Land geführt, das zuvor beliebtestes Investitionsziel in der EU war.⁹ Südeuropa ist weiterhin Ziel von etwa jedem fünften Auslandsinvestor.

Grafik 2: Zielregionen mittelständischer Auslandsinvestitionen

Anteil aller mittelständischen Unternehmen mit Auslandsinvestitionen, die im Zeitraum 2019–2022 in der jeweiligen Zielregion investiert haben, in Prozent



Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich. Europa umfasst die Zielregionen Osteuropa, West- und Nordeuropa und Südeuropa.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2023

China verliert als Investitionsziel an Attraktivität

Auffallend ist auch die geringere Bedeutung Chinas als Ziel mittelständischer Auslandsinvestitionen. Gerade einmal 3 % aller im Ausland investierender Mittelständler haben hier Produktions- oder Vertriebsstandorte aufgebaut und modernisiert oder sich an chinesischen Unternehmen beteiligt. 2012–2015 waren es noch rund 15 %. Mit der Corona-Krise hat das Land an Anziehungskraft verloren. Die konjunkturelle Entwicklung ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben, während die geopolitischen Spannungen weiter zugenommen haben. Die Lieferkettenstörungen der letzten Jahre haben viele Unternehmen veranlasst, ihre Wertschöpfungsketten zu überprüfen und die wirtschaftliche Abhängigkeit von China durch eine stärkere Diversifizierung zu reduzieren. Darüber hinaus führt die staatliche Subventionierung heimischer Unternehmen und die starke Regulierung des Marktzugangs für ausländische Investoren in China zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen, die es gerade kleineren deutschen Mittelständlern schwer machen, dort Fuß zu fassen.¹⁰

Bedeutung der USA für mittelständische Auslandsinvestitionen nimmt zu

Die USA haben dagegen an Attraktivität gewonnen: Mehr als 14 % aller Mittelständler, die im Zeitraum 2019–2022 im Ausland investiert haben, haben dies in den USA getan. Gegenüber 2012–2015 ist dies ein Zuwachs um 8 Prozentpunkte. In der Zukunft dürfte sich diese Entwicklung weiter fortsetzen: Neben einem hohen Absatzpotenzial bieten die USA vor allem mit Blick auf die Energiekosten günstigere Bedingungen als viele europäische Länder.¹¹ Gleichzeitig setzen die USA mit dem Inflation Reduction Act gezielte Anreize für Investitionen ausländischer Unternehmen in den USA. Denn um beispielsweise bei der Herstellung von E-Autos von der staatlichen Förderung zu profitieren, muss ein Teil der Batteriematerialien in den USA oder einem Freihandelspartnerland abgebaut, verarbeitet oder recycelt worden sein. Und auch die Endmontage der E-Autos muss in den USA oder einem Land erfolgen, mit dem die USA ein Freihandelsabkommen haben – die Europäische Union zählt nicht dazu, nachdem die TTIP-Verhandlungen gescheitert sind.¹²

In Russland haben in den vergangenen vier Jahren rund 15 % der 65.000 Mittelständler investiert – ein Anteil, der vor allem die Situation vor Beginn des Kriegs in der Ukraine widerspiegelt und seither deutlich gesunken sein dürfte, nicht zuletzt infolge der staatlichen Sanktionen durch die EU und entsprechenden Gegenreaktionen von Seiten Russlands.

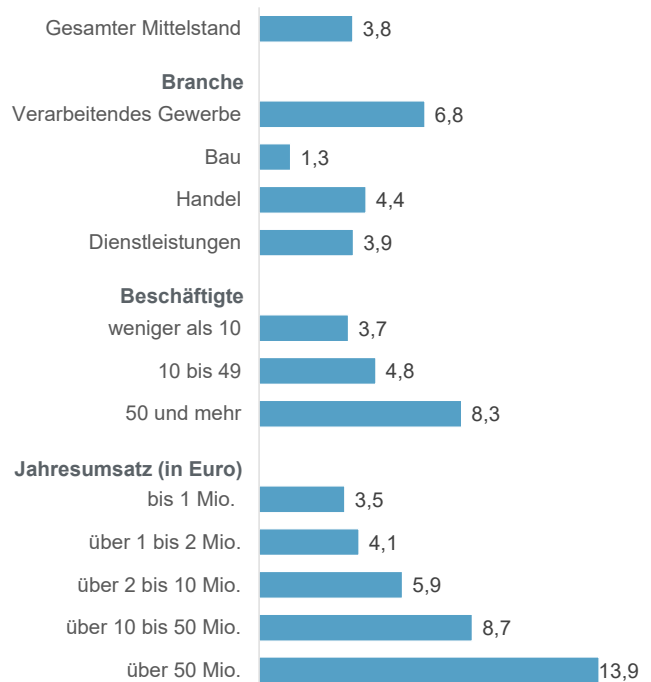
Eine starke Abwanderung mittelständischer Unternehmen ist zukünftig nicht zu erwarten

Auch wenn einzelne Länder für ausländische Investoren an Attraktivität gewinnen – mit einem starken Anstieg der mittelständischen Auslandsinvestitionen infolge zunehmender Standortverlagerungen kleiner und mittlerer Unternehmen ist in den kommenden Jahren nicht zu rechnen. Vielmehr deuten die repräsentativen Ergebnisse des KfW Mittelstandspanels 2023 darauf hin, dass die Auslandsinvestitionsneigung in Zukunft ähnlich hoch sein dürfte wie auch schon vor der Corona-Pandemie. So planen nicht mehr als 3,8 % aller 3,81 Mio. Mittelständler in Deutschland in den kommenden drei bis fünf Jahren im Ausland zu investieren (Grafik 3).

Tendenziell dürfte der Anteil der Unternehmen, die letztlich im Ausland investieren, noch unter 3,8 % liegen, denn nicht alle Unternehmen werden ihre Investitionspläne für die kommenden Jahre auch realisieren. So hatten Anfang September 2023 nur rund 50 % aller kleinen und mittleren Unternehmen, die für das laufende Geschäftsjahr 2023 Investitionen im Inland oder Ausland geplant hatten, diese wie ursprünglich angedacht umgesetzt. Rund 37 % der Unternehmen gaben an, ihre für das Jahr 2023 geplanten Investitionen vermindert oder verschoben zu haben, und rund 13 % haben ihre geplanten Vorhaben sogar vollständig aufgegeben. Eine solche Anpassung von Investitionsplänen war auch schon in den Vorjahren zu beobachten und ist auch in der Zukunft wahrscheinlich. Neben der konjunkturellen Lage spielt hier zum Beispiel auch die Entwicklung des Zinsniveaus, die Erwartung steigender Kosten oder die insgesamt hohe Unsicherheit mit Blick auf die zukünftigen Rahmenbedingungen mit hinein.¹³

Grafik 3: Anteil der Mittelständler mit geplanten Auslandsinvestitionen in den kommenden 3–5 Jahren

Nach Branchen und Größenklassen, in Prozent



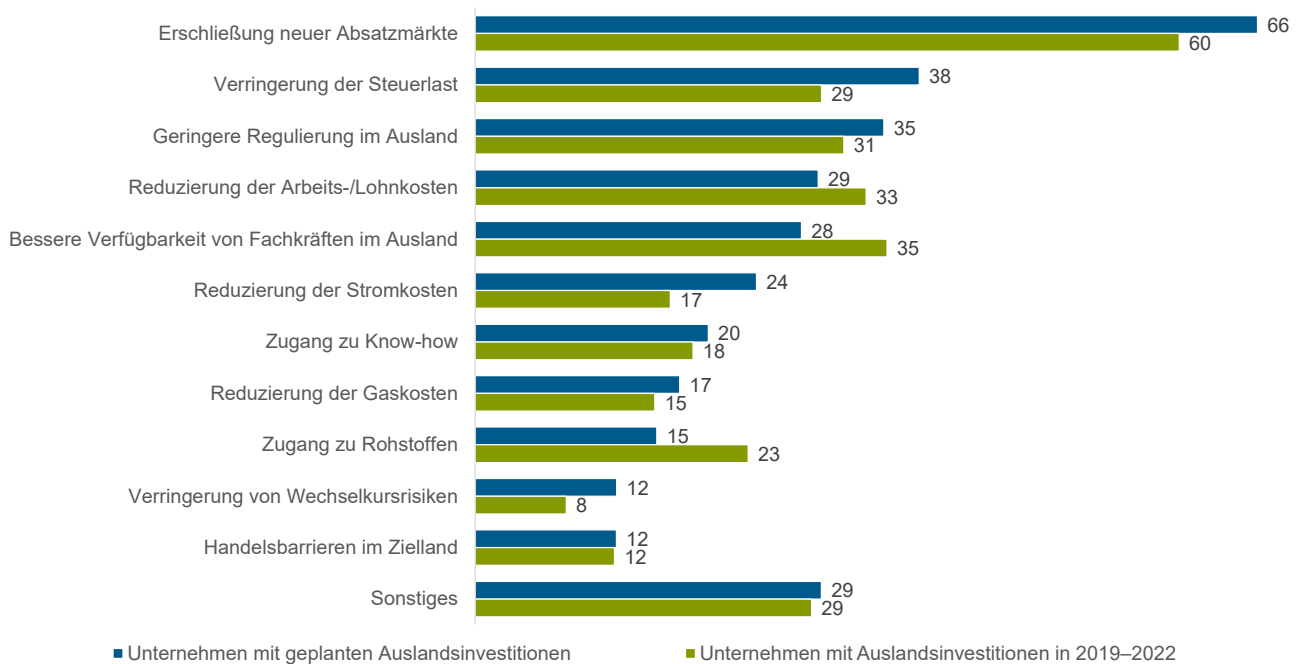
Anmerkung: Beschäftigte in Vollzeit-Äquivalenten. Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnet.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2023

Es spricht jedoch vieles dafür, dass es auch in den kommenden Jahren vor allem die umsatzstarken Unternehmen und die Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe sein werden, die die mittelständischen Auslandsinvestitionen treiben. So liegt der Anteil der Investitionsplaner unter Mittelständlern mit mehr als 50 Mio. EUR Jahresumsatz mit 13,9 % fast viermal so hoch wie unter Unternehmen mit weniger als 1 Mio. EUR Jahresumsatz. Und im Verarbeitenden Gewerbe liegt der Anteil der Unternehmen mit 6,8 % deutlich höher als beispielsweise im Dienstleistungssektor oder gar im Baugewerbe (Grafik 3). Diese strukturellen Unterschiede gibt es traditionell nicht nur bei den Auslandsinvestitionen, sondern beispielsweise auch bei den Exportumsätzen. Als Zeichen zunehmender Deindustrialisierung sind sie kaum zu werten.

Grafik 4: Markterschließung als dominierendes Motiv für Auslandsinvestitionen

Anteil der Unternehmen in Prozent, für die der jeweilige Aspekt ein wesentlicher Beweggrund für ihre Investitionen im Ausland ist, an allen Unternehmen mit geplanten bzw. im Zeitraum 2019–2022 getätigten Auslandsinvestitionen



Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2023

Auslandsinvestitionen vor allem zur Erschließung neuer Absatzmärkte

Das mit Abstand wichtigste Motiv für Investitionen im Ausland ist die Erschließung neuer Absatzmärkte. Für rund 60 % aller Unternehmen, die im Zeitraum 2019–2022 im Ausland investiert haben, war dies einer der wesentlichen Beweggründe. Auch für zwei Drittel der Unternehmen, die in der Zukunft im Ausland investieren wollen, ist der Zugang zu neuen Märkten ein wichtiger Beweggrund. Das mittelständische Investitionsgeschehen wird damit auch perspektivisch klar von Wachstumsmotiven getrieben.

Eine Rolle dürfte hier auch die grüne Transformation spielen. So bekennen sich immer mehr Länder zur Klimaneutralität, womit der weltweite Bedarf an Klimaschutztechnologien und treibhausgasneutralen Produkten weiter ansteigen dürfte. Für Deutschland als weltweit zweitgrößtem Exporteur von Umwelt- und Klimaschutzgütern ergeben sich hieraus beträchtliche Wachstumschancen¹⁴ – die es auch durch die Errichtung von Produktions- und Vertriebsstandorten im Ausland zu ergreifen gilt. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass Unternehmen, die ihr Angebot an grünen Produkten in der Zukunft weiter ausweiten wollen, dreimal häufiger Auslandsinvestitionen planen als andere Unternehmen.

Geringere Steuerlast und weniger Regulierung

Während Wachstumsmotive klar im Vordergrund stehen, zielen einige Mittelständler mit ihrer Investition auch auf eine Senkung ihrer Steuerlast ab. Für 38 % aller Investitionsplaner ist dies ein wichtiger Beweggrund. Ähnlich viele – genauer 35 % – erhoffen sich durch eine teilweise Verlagerung ihrer Aktivitäten ins Ausland eine geringere Belastung durch regulatorische Anforderungen. Welche Anforderungen die Unternehmen in Deutschland als besonders belastend empfinden, lässt

sich hieraus nicht ablesen – Arbeitsmarktregulierung, Umwelt- und Klimaschutzvorgaben, aber auch das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz könnten hier beispielsweise mit hineinspielen. Dass Steuern und Abgaben sowie Bürokratie als Risiken für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands am Standort Deutschland wahrgenommen werden, macht auch der KfW-Internationalisierungsbericht 2023 deutlich.¹⁵

Der Bürokratiekostenindex des Statistischen Bundesamtes zeigt zwar eine Verringerung der Bürokratiebelastung von Unternehmen an. Er ist von 100 Indexpunkten im Jahr 2012 auf 96 Indexpunkte im September 2023 gesunken. Der Bürokratiekostenindex berücksichtigt jedoch nur den Aufwand für das Stellen von Anträgen, Durchführen von Meldungen, Erbringung von Nachweisen und ähnliches – also das, was man üblicherweise „Papierkram“ nennt. Diese Kosten belaufen sich auf rund 65 Mrd. EUR jährlich allein für bundesrechtliche Regelungen.¹⁶

Ein umfassenderes Maß für die Kosten zur Befolgung gesetzlicher Vorgaben ist der Erfüllungsaufwand. Er schließt neben Dokumentations-, Melde- und Kennzeichnungspflichten beispielsweise auch den Aufwand für die Einhaltung von technischen Mindeststandards oder die Erfüllung von Arbeits- oder Umweltschutzauflagen ein. Der Erfüllungsaufwand ist seit 2019 kontinuierlich gestiegen.¹⁷

Niedrigere Lohnkosten und bessere Verfügbarkeit von Fachkräften

Für etwa drei von zehn mittelständischen Unternehmen, die in den kommenden drei bis fünf Jahren im Ausland investieren wollen, ist die Senkung der Arbeitskosten ein wesentliches Motiv. Eine wichtige Rolle dürfte dieses Kostenmotiv

insbesondere für Investitionen in Osteuropa spielen.¹⁸ So liegen die Arbeitskosten in Bulgarien und Rumänien, aber auch in Polen, Litauen, Lettland, Estland, Tschechien und Slowenien immer noch deutlich unter dem Niveau in Deutschland, wo im Jahr 2023 Arbeitskosten von 39,50 EUR je geleisteter Arbeitsstunde anfielen.¹⁹ Nicht nur geringere Lohnkosten, sondern auch der Zugang zu Fachkräften ist dabei in vielen dieser Länder gegeben. Der Anteil der Hochqualifizierten – Hochschulabsolventen sowie Personen mit den Fortbildungsabschlüssen wie etwa Meister oder Techniker – ist in den letzten Jahren in nahezu allen EU-Ländern deutlich gestiegen.²⁰ Gleichzeitig ist der Fachkräftemangel in den meisten EU-Ländern zwar ebenfalls ein zunehmendes Problem, aber noch längst nicht so stark ausgeprägt wie in Deutschland.²¹ Und auch darauf kommt es einigen Investoren an: Rund 29 % der Unternehmen sehen in der besseren Verfügbarkeit von Fachkräften einen wesentlichen Grund für ihre geplanten Auslandsinvestitionen.

Energiekosten gehören nicht zu den wesentlichen Treibern

Die Senkung der Stromkosten ist nur für jedes vierte, die Senkung der Gaskosten sogar nur für jedes sechste Unternehmen mit grenzüberschreitenden Investitionsplänen ein wesentliches Motiv. Damit hat die Senkung der Energiekosten – insbesondere der Stromkosten – zwar einen höheren Stellenwert für die Unternehmen, die in den kommenden Jahren im Ausland investieren wollen, als für die Unternehmen, die im Zeitraum von 2019–2022 im Ausland investiert haben. Zu den größten Treibern von Auslandsinvestitionen im Mittelstand gehören sie allerdings nicht. Dies dürfte daran liegen, dass die Energiekosten in der Breite des Mittelstands als tragbar eingeschätzt werden, und diese mehrheitlich nicht als ein gravierender Nachteil im internationalen Wettbewerb wahrgenommen werden.²²

Auch andere Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass Energiekosten nicht zu den Haupttreibern von Standortentscheidungen gehören, wenngleich sie für einzelne energieintensive Industriezweige – wie die Metallindustrie oder die Grundstoffchemie – bedeutsam sind.²³ Mit Blick auf die Gaspreise zeigen Analysen, dass sich die Folgen des Preisanstiegs auf wenige Produkte mit hoher Gasintensität konzentrieren. Dabei handelt es sich meist um Vorleistungsprodukte, die eine unterdurchschnittliche Wertschöpfung erzeugen und in vielen Fällen leicht zu importieren sind. Hier könnte Deutschland perspektivisch Produktionsstandorte verlieren, einen deutlichen Verlust an Wertschöpfung, Beschäftigung und Einkommen würde dies jedoch voraussichtlich nicht nach sich ziehen.²⁴

Zugang zu Knowhow – und Rohstoffen

Für rund 20 % aller Mittelständler mit grenzüberschreitenden Investitionsplänen ist auch der Zugang zu Knowhow ein wichtiges Motiv. Dies gilt für Dienstleistungsunternehmen, die durch Übernahme oder Beteiligung an einem ausländischen Unternehmen ihr Wissen und ihre Kompetenzen erweitern können, aber auch für Mittelständler aus dem Verarbeitenden Gewerbe, die sich so Zugang zu neuen Produktionstechnologien verschaffen. Der Zugang zu Rohstoffen – für rund 15 % der Investitionsplaner ein wichtiger Beweggrund – ist dagegen vor allem für Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe relevant. Im Vergleich mit anderen Maßnahmen zur Sicherung

der Rohstoffversorgung spielt die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland jedoch eine sehr geringe Rolle. So hatten bis zum September 2022 nur 1 % aller kleinen und mittleren Unternehmen, die Rohstoffe und Vorprodukte beziehen, ihre Produktion zumindest teilweise ins Ausland verlagert. Weitaus mehr Mittelständler haben ihre Lagerhaltung erhöht (30 %) oder neue Lieferanten in anderen Lieferregionen gesucht (24 %), um ihr Versorgungsrisiko zu senken.²⁵

Wechselkursrisiken existieren in der Eurozone nicht und sind daher für den Mittelstand, der überwiegend in Europa investiert, weniger relevant. Gleiches gilt für Handelsbarrieren im Zielland, die vor allem außerhalb des EU-Binnenmarktes eine Rolle spielen und damit von größerer Bedeutung für Großunternehmen sein dürften, die häufiger als Mittelständler in den USA, China und anderen nicht-europäischen Ländern investieren.

Box 1: Auslandsinvestitionen der Großunternehmen

Der wesentliche Treiber von Auslandsinvestitionen sind die Großunternehmen. In Deutschland gibt es etwa 2.300 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 500 Mio. EUR. Im Rahmen des KfW-Klimabarometers 2023 wurden diese auch zu ihren Auslandsinvestitionen befragt.²⁶ Rund 43 % von ihnen haben im Zeitraum 2019–2022 im Ausland investiert. Damit zeigt sich auch hier gegenüber Vorerhebungen ein in der Corona-Krise gesunkener Anteil von Investoren.²⁷ In den kommenden drei bis fünf Jahren beabsichtigen etwa 42 % aller Großunternehmen im Ausland zu investieren. Ein deutlicher Anstieg der Investitionsneigung ist damit auch in diesem Segment nicht zu erwarten. Die Ergebnisse deuten auf eine sehr ähnliche Motivlage wie im Mittelstand hin: Die Erschließung neuer Absatzmärkte ist für drei von vier Unternehmen wesentlicher Beweggrund. Die Senkung der Arbeitskosten ist für etwa jedes dritte Unternehmen ausschlaggebend, die Reduzierung der Strom- oder Gaskosten dagegen nicht einmal für jedes siebte Unternehmen. Im Unterschied zum Mittelstand sind Handelsbarrieren im Zielland und Wechselkursrisiken für etwa jedes vierte Unternehmen, das im Ausland investieren will, ein wichtiger Grund.

Auslandsinvestitionen als Wachstumstreiber

In der Diskussion um die Attraktivität des Standorts Deutschland und eine mögliche Deindustrialisierung wird oftmals kritisch auf die Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen geschaut und diese als ein Abfluss von Kapital interpretiert, der Wachstum und Wohlstand in Deutschland mindert.²⁸ Vieles spricht gegen eine solche Sichtweise: Ein ganz wesentliches Motiv für Auslandsinvestitionen – sowohl im Mittelstand als auch bei Großunternehmen – ist die Erschließung neuer Absatzmärkte.²⁹ Durch die Errichtung neuer Vertriebsstandorte oder Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen können deutsche Unternehmen Wachstumspotenziale im Ausland besser ausschöpfen. Steht die Senkung der Arbeits- oder Energiekosten im Vordergrund, können durch eine teilweise Verlagerung der Produktion komparative Vorteile genutzt werden. Die Auslagerung arbeits- oder energieintensiver Prozesse in Länder mit geringeren Löhnen, Strom- oder Gaspreisen stärken die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und können damit auch zur Beschäftigungssicherung in Deutschland beitragen.³⁰ In den meisten Fällen ersetzen Investitionen im Ausland nicht Investitionen im

Inland, sondern ergänzen diese. Dies gaben rund 92 % der Großunternehmen mit Auslandsinvestitionen an.³¹ Dabei werden Investitionsentscheidungen selten auf Grundlage einzelner Standortfaktoren – wie Strom- oder Gaspreise – getroffen, sondern berücksichtigen immer die Gesamtheit der Rahmenbedingungen.

Die Sorgen um die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland müssen dennoch ernst genommen werden. Denn es drohen durchaus Risiken für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, wie der KfW-Internationalisierungsbericht gezeigt hat. Vor allem die Bürokratie, aber auch Steuern und Abgaben sowie Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen bereiten den Unternehmen Sorgen. Dass auch beim Thema Qualifizierung und Fachkräfte dringender Handlungsbedarf besteht, haben die Ergebnisse der PISA-Studie zuletzt noch einmal unterstrichen. Und auch die Energiekosten – wenngleich nicht

das größte Risiko – gilt es im Blick zu behalten. Die komparativen Vorteile Deutschlands – hoch qualifizierte Arbeitskräfte, gute und vor allem verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen, eine hohe Forschungsaktivität und effiziente Produktionstechnologien³² – sind für die Zukunft alles andere als gesetzt. Sie zu erhalten erfordert gute Ideen und wirksame Konzepte, vor allem aber auch politischen Willen und Umsetzungsstärke.

Folgen Sie KfW Research auf Twitter:

<https://twitter.com/KfW>

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation:

[https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-\(D\)/index.jsp](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-(D)/index.jsp)

¹ Vgl. Abel-Koch, J. (2023): KfW-Internationalisierungsbericht 2023 – Mittelstand schneidet aktuell vielfach besser ab als die Konkurrenz aus dem Ausland – sieht aber Handlungsbedarf zur Sicherung seiner zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit, KfW Research.

² Vgl. hierzu unter anderem Heymann, E. (2022): Industriestandort Deutschland droht struktureller Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftsdienst, 102(12), S. 941–944 sowie Fuest, C. (2023): Industriestandort Deutschland, ifo Standpunkte 20. Oktober 2023.

³ Vgl. Borger, K. (2016): Deutsche Großunternehmen: Investitionen im In- und Ausland halten sich die Waage, Fokus Volkswirtschaft Nr. 136, KfW Research, sowie DIHK (2022): Auslandsinvestitionen der Industrie 2022

⁴ Vgl. Abel-Koch, J. (2016): The happy few - Auslandsinvestitionen im deutschen Mittelstand, Fokus Volkswirtschaft Nr. 183, KfW Research.

⁵ Dass weniger Unternehmen im Ausland investieren, diese aber höhere Investitionssummen einplanen, lässt sich beispielsweise auch aus den Ergebnissen der Konjunkturumfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ablesen. Diese Befragungen beschränken sich jedoch auf auslandsaktive Unternehmen, vgl. DIHK (2022): Auslandsinvestitionen der Industrie 2022

⁶ Transaktionswerte entsprechend der deutschen Zahlungsbilanz, vgl. Deutsche Bundesbank (2023): Direktinvestitionsstatistiken, Stand April 2023.

⁷ Vgl. Abel-Koch, J. (2016), a. a. O.

⁸ Vgl. GTAI (2023): Deutsche Firmen erweitern ihre Produktionsstätten in Polen

⁹ Vgl. Matthes, J. (2018): Brexit führt zu Investitionsschwäche im Vereinigten Königreich, IW-Kurzbericht 44/2018 sowie o. V. (2023): Sieben Jahre Brexit-Referendum: Der Brexit ist ein wirtschaftliches Desaster für beide Seiten des Kanals, WirtschaftsWoche vom 22. Juni 2023

¹⁰ Vgl. GTAI (2023): Ist weniger China bald mehr? sowie GTAI (2023): Deutsche Unternehmen haben es in China zunehmend schwer

¹¹ Vgl. Sachverständigenrat für gesamtwirtschaftliche Entwicklung (2022): Energiekrise solidarisch bewältigen, neue Realität gestalten, Jahresgutachten 2022/2023.

¹² Vgl. GTAI (2023) Immer mehr deutsche Unternehmen investieren in den USA

¹³ Vgl. Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2023): KfW-Mittelstandspanel 2023 – Belastungsfähigkeit des Mittelstands wird auf die Probe gestellt: bislang nur leichte Blessuren, aber erhöhte Anspannung ist spürbar, KfW Research.

¹⁴ Vgl. Abel-Koch, J. und A. Brüggemann (2023): Großunternehmen halten Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit für vereinbar, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 26, KfW Research

¹⁵ Vgl. Abel-Koch, J. (2023), a. a. O.

¹⁶ Vgl. Destatis (2023): Bürokratiekostenindex

¹⁷ Vgl. Destatis (2023): Vorstellung des Erfüllungsaufwands

¹⁸ Vgl. hierzu auch Abel-Koch, J. (2016): Mittelständische Wertschöpfungsketten werden internationaler – Europa bleibt wichtig, Fokus Volkswirtschaft Nr. 137, KfW Research.

¹⁹ Vgl. Destatis (2023): EU-Vergleich der Arbeitskosten je geleistete Stunde

²⁰ Vgl. Geis-Thöne, W. (2023): Bildungsstand der Bevölkerung im europäischen Vergleich, IW-Report 3/2023

²¹ Vgl. Peichl, A., Sauer, S. und K. Wohlrabe (2022): Fachkräftemangel in Deutschland und Europa – Historie, Status quo und was getan werden muss, ifo Schnelldienst 75/2022.

²² Vgl. Abel-Koch, J. (2023), a. a. O.

²³ Vgl. Bialek, S., Schaffranka, C. und M. Schnitzer (2023): Kein Grund zur Panik Die Energiekrise ist kein Game Changer, aber sie beschleunigt den ohnehin anstehenden Strukturwandel in der Industrie, ifo Schnelldienst 3/2023.

²⁴ Vgl. Müller, S. (2023): Strukturwandel zulassen, ifo Schnelldienst 3/2023 S. 11–14.

²⁵ Vgl. Abel-Koch, J. (2023), a. a. O.

²⁶ Zu den methodischen Details, siehe Brüggemann, A., Grewenig, E., Römer, D. und M. Schwartz (2023): KfW-Klimabarometer 2023 - Trotz Energiekrise: Anstieg der Klimaschutzinvestitionen deutscher Unternehmen im Jahr 2022 um real 18 %, KfW Research.

²⁷ Vgl. Borger, K. (2016), a. a. O.

²⁸ Vgl. Rusche, C. (2023): Deindustrialisierung – Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen, IW-Kurzbericht 43/2023

²⁹ Vgl. Borger, K. (2016), a. a. O.

³⁰ Vgl. Buch, C., Schnitzer, M., Arndt, C., Kesternich, I., Mattes, A., Mugele, C. und H. Strotmann (2007): Analyse der Beweggründe, der Ursachen und der Auswirkungen des so genannten Offshoring auf Arbeitsplätze und Wirtschaftsstruktur in Deutschland.

³¹ Vgl. Borger, K. (2016), a. a. O. Auch aus jüngeren Befragungen lässt sich dies ablesen, vgl. DIHK (2023): [Auslandsinvestitionen der Industrie 2023](#). So wollen Unternehmen, die für 2023 Auslandsinvestitionen planen, ihre Investitionen im Inland deutlich häufiger ausweiten als zurückfahren (im Saldo 12 Prozentpunkte). Für Unternehmen, die Auslandsinvestitionen zur Markterschließung planen, gilt dies in besonderer Weise (im Saldo 19 Prozentpunkte).

³² Vgl. Bialek, S., Schaffranka, C. und M. Schnitzer (2023), a. a. O. sowie die darin zitierten Quellen.